

genossenschaften ist im konsequenten ideologischen Kampf gegen das Nur-Genossenschaftlertum und das Sektierertum zu verstärken und zu verbessern.

Es ist notwendig, die innergenossenschaftliche Demokratie und das innergenossenschaftliche Leben durch die obligatorische Festlegung monatlicher Mitgliederversammlungen und vierteljährlicher Rechenschaftslegungen der leitenden Organe viel stärker als bisher zu entfalten.

3. Die Landes- und Kreisleitungen der Partei haben die Genossen in den Vorständen und Aufsichtsräten der Landesverbände der Konsumgenossenschaften sowie die Leitungen der Betriebsparteiorganisationen allseitig und besser als bisher anzuleiten und die Durchführung der ihnen gestellten massenpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu überprüfen.

Die Parteimitglieder in den Konsumgenossenschaften sind mit Hilfe von Parteaufträgen bei ihrer vielseitigen Arbeit konkreter anzuleiten durch die Kreisleitungen und die Leitungen der Grundorganisationen in den Wohnbezirken.

Die Parteiorganisationen der Konsumverwaltungen, der Betriebe und Handelsniederlassungen sollen das wichtige Entwicklungsgesetz, die Kritik und Selbstkritik, voll entfalten, die politische Wachsamkeit erhöhen und den unversöhnlichen Kampf gegen alle schädlichen und kleinbürgerlichen Tendenzen führen.

4. Die Landes- und Kreisleitungen der Partei sollen die Genossen in den Konsumgenossenschaften bei der politischen und fachlichen Schulung der leitenden Funktionäre sowie bei der Entwicklung der Nachwuchskräfte stärker unterstützen und ihnen ständige Hilfe leisten. Bei der Wahl von Parteimitgliedern in leitende Funktionen der Konsumbewegung ist mehr als bisher auf die politische und fachliche Qualifikation zu achten.

Die Konsumgenossenschaften haben in unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung als fortschrittliche Massenorganisation große Entfaltungsmöglichkeiten. Die Parteimitglieder in den Konsumgenossenschaften haben die verantwortliche Aufgabe, durch die Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeit mitzuhelfen, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen, den Frieden zu erhalten und die demokratische Einheit Deutschlands herzustellen.

Entschließung des Politbüros vom 17. Juli 1951